

Publiziert 25. Januar 2026, 19:14

SVP-BILDUNGSPAPIER

Kleine Klassen finden Zuspruch, aber die Ausländerquote entsetzt

Die SVP fordert in ihrem neuen Bildungspapier unter anderem Ausländerquoten und Diktate. Trotz heftigster Kritik von linken Politikern sind sich in wenigen Punkten alle einig.



1 / 9

Die SVP hat an ihrer Delegiertenversammlung am Samstag ein Bildungspapier lanciert.
20min/Stefan Lanz



Darum gehts



- Die SVP stellte ihr neues Bildungspapier vor. Es fordert Ausländerquoten und Diktate.
- Linke Politiker kritisieren die Vorschläge scharf. Sie bezeichnen sie als «blanken Zynismus».
- Trotzdem gibt es überraschenden Konsens. Kleinere Klassen und Handyverbote finden Zustimmung.
- Auch die Stärkung der Sprachkompetenz wird von verschiedenen Seiten begrüsst.

Mehr Diktate, Noten ab der zweiten Klasse, Sprachtests für Kleinkinder und Obergrenzen für Ausländer – all das fordert [die SVP in ihrem neuen Bildungspapier, um die Volksschule aus ihrer «Krise» zu führen.](#)

In der Kritik stehen im SVP-Papier besonders auch «linke [Bildungsreformen](#)» wie die integrative Schule oder der Lehrplan 21, die hauptverantwortlich seien für den «Niedergang der Volksschule». Geplant sind etliche Vorstösse auf kantonaler Ebene. Damit stösst die SVP jedoch in linken Kreisen auf riesige Kritik – dennoch sind sich Linke, Grüne, Lehrer und SVP in einigen Punkten überraschend einig.

Grünen-Prelicz-Huber: «Ich bin für kleinere Klassen»

Grünen-Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber sagt auf Anfrage: «Ich muss sagen, ich war ziemlich erschüttert über das SVP-Bildungspapier.» Einmal mehr wolle die SVP von den «effektiven Problemen» ablenken, um Personen mit Migrationshintergrund als Sündenböcke darzustellen. Dass man gar mit Ausschaffungen drohe, sei nur noch der «blanke Zynismus».



Die Grünen-Nationalrätin Prelicz-Huber stört sich am Bildungspapier der SVP: Mit Ausschaffungen zu drohen sei der «blanke Zynismus». 20min/Matthias Spicher

Dennoch erklärt die Bildungspolitikerin, dass das Bildungspapier durchaus Punkte anspreche, wo es Handlungsbedarf gäbe: «Wie die SVP bin ich für kleinere Klassen – das kostet aber dann auch entsprechend Geld und genügend qualifiziertes Lehrpersonal.» In den Klassen kann so die Integration von leistungsschwachen oder beeinträchtigten Kindern gut getragen werden.

Auch das Anliegen, die Sprachkompetenzen von ausländischen Kindern sicherzustellen, sei grundsätzlich positiv. Doch dafür brauche es keine einjährige Sonderklasse und Auswendiglernen, sondern qualitativ gute Kitas: «Der Spracherwerb beginnt schon viel früher. Wir müssen den Kindern bereits in den Kitas spielerisch Sprachen näherbringen.»

SP-Nationalrätin Brizzi: «Handys gehören verboten an Schulen»

Ebenfalls kritisch äussert sich die SP-Nationalrätin Simona Brizzi: «Die SVP verfolgt einen rückwärtsgewandten Ansatz aus den 80er-Jahren.» Ausserdem sei die Situation im Bildungswesen «stark dramatisiert» und einige Forderungen der SVP seien bereits durch den Handlungsspielraum der Schulen vor Ort erfüllbar. «Es wird kritisiert, dass die Pädagogische Hochschule nicht praxisnah sei, dabei wird viel Wert auf die Praxis und den Praxistransfer gelegt.»



SP-Nationalrätin Simona Brizzi betont: «Die Schule hat neben einer Qualifikationsfunktion auch eine Integrationsfunktion.» 20min/Matthias Spicher

Auch die SP-Bildungspolitikerin stellt ferner den Spracherwerb ins Zentrum, sieht jedoch Ausländerquoten als ein weiteres «Schwarz-Weiss-Malen» der SVP: «Die Schule hat neben einer Qualifikationsfunktion auch eine Integrationsfunktion. Das wird im Bildungspapier komplett ausgeblendet», sagt Brizzi. Dennoch bietet Brizzi in einem Punkt der SVP die Hand: «Ich teile den Umgang der SVP mit den Handys: Die haben nichts an der Primarschule verloren», betont die SP-Frau.

Lehrerverband begrüsst die Stärkung der Sprachkompetenz

Gegenüber den «Tamedia-Zeitungen» äussern sich Vertreter des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH). Beat A. Schwendimann, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle des LCH, betont unter anderem, dass einige Forderungen der SVP schlicht nicht umsetzbar seien. So etwa, dass in Klassen die Anzahl Kinder mit Migrationshintergrund beschränkt werden müsse.

Dennoch begrüsse auch der LCH, dass Sprachkompetenzen von Kindern noch vor dem Eintritt in die Regelschule gefördert werden sollen. In Basel habe man schliesslich seit einigen Jahren gute Erfahrungen mit obligatorischen Deutschkursen gemacht.

Sprecher verteidigt Lehrplan 21



Auch der kantonsübergreifende «Lehrplan 21» stand bei der SVP in der Kritik. Dieser sei laut Bildungspapier ein «Bürokratiemonster». Auch der Fokus auf «Kompetenzen statt auf Wissensvermittlung» würde zu aufwendigen Beurteilungsverfahren führen.

Auf Anfrage erklärt ein Sprecher, dass der Grossteil der administrativen Mehrbelastung auf «gesellschaftliche Umstände» – etwa Anforderungen an den Datenschutz oder Sicherheitsanforderungen – zurückzuführen sei, die nichts mit dem Lehrplan zu tun hätten.

Die Kompetenzorientierung würde zwar neue Schwerpunkte in Bezug auf die Beurteilung ergeben, dennoch würden solche Beurteilungen auch der Berufswelt entsprechen. So würden Mitarbeitergespräche geführt, Ziele vereinbart und nicht einfach Noten gesetzt: «Man kann sich hier fragen, ob man den Menschen – seien es Kinder oder Erwachsene – gerecht werden will oder sich die Arbeit einfach machen will», heisst es.